DIE LUPE

DIE LINKE.
Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg
dielinke-tempelhof-schoeneberg.de
April 2011

DIE LUPE April 2011 *http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/*

Manche begreifen's nie:

Bomben töten Menschenrechte, auch in Libyen!

Times of Malta, 3.März 2011."Operation Lybia" US-Marine in Kreta für eine Stationierung in Libyen. Einige Tage nach der Insurrektion in Libyen passierte der USS Flugzeugträger Enterprise der USA den Suezkanal.

Nach den schrecklichen Kriegen der westlichen „Wertegemeinschaft" gegen Jugoslawien, Irak und Afghanistan mit Tausenden von zivilen Opfern („Kollateralschäden") blasen schon wieder führende Politiker von NATO- und EU-Staaten zum Angriff: Der Konflikt in Libyen wird zum Anlass genommen, dort militärisch einen Machtwechsel von außen zu erzwingen.

Üble Kriegspropaganda

Begleitet werden die Luftangriffe der französischen, britischen und US-amerikanischen Bomber durch die mittlerweile übliche Propagandaschlacht: So wird Muammar Al Ghaddafi in den Medien ähnlich wie damals Saddam Hussein oder Slobodan Milosevic einseitig als „irrer Diktator und Schlächter" beschrieben. Und es wird behauptet, dass die Angriffe nur dem Schutz der Zivilbevölkerung dienten. Seltsamerweise kommt die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des Konfliktes, wie sie von lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten angeregt worden war, in den hiesigen Massenmedien nicht vor. Wie schon in vorherigen Kriegen wird mit einer „Flugverbotszone" die Eskalation eingeleitet. Es ist zu befürchten, dass zermürbende Flächenbombardements gegen die Zivilbevölkerung und Infrastruktur folgen, um den Regimewechsel vorzubereiten.

Fortsetzung auf Seite 4

Stolpersteine in Schöneberg

Als Mahnmahl für die Opfer des Nationalsozialismus wurden vor einigen Häusern, in denen Jüdische Menschen gewohnt haben und in Konzentrationslager deportiert wurden, Stolpersteine gelegt. Diese hier wurden 2010 zerstört und am 9. März 2011 wieder gelegt. Eine Kunstaktion in der ganzen BRD. (Siehe auch Austellung „Wir waren Nachbarn".)

Heinrich-Lassen-Park, der Runde Tisch und die BVV

Am 15. März traf sich der Runde Tisch zum zweiten Mal im Rathaus Schöneberg, hier stellten das Bezirksamt und die Bezirksinitiative Heinrich-Lassen-Park (BI) ihre „Varianten" bezüglich der Neugestaltung des Heinrich-Lassen-Parks vor. Überraschenderweise wurde außerdem noch eine „dritte Variante" vorgeschlagen. Anwesend waren Vertreter der BI, Einwohner und Nutzer des Parks und Vertreter fast aller Bezirksparteien. Die Moderation bemühte sich zwischen diesen Varianten zu vermitteln. Die Variante des Bezirksamtes war, den Park in dem seit letzten Winter veränderten Zustand zu behalten, nämlich mit nur einem Zugang zur Belziger Strasse, und mit einer Fahrradspur auf Asphaltwegen.

Fortsetzung auf Seite 8

Flüchtlingsberatung
Dienstags von 11 bis 13 Uhr
Beratung und Hilfe zu ALG II
Dienstags von 13 bis 15 Uhr mit Klaus Jürgen Dahler in der Roten Insel

Samstag 23. 04.2011: Berliner Ostermarsch 2011 „Für Eine Zukunft ohne Atomwaffen und Atomkraftwerke. Atomkraftwerke abschalten! - Atomwaffen abschaffen!" **Auftakt:** 12 Uhr, Vor der Vattenfall-Zentrale (Chausseestr. 23), anschl. **DEMO** durch die Innenstadt bis zur **Abschlusskundgebung**: Brandenburger Tor, (Pariser Platz) 13-14 Uhr. *www.friko-berlin.de*

LUPE-April2011 s-w-.indd 1 18.04.2011 15:03:20

Schule+Bildung

Oberschulen:
Die Anmeldezahlen an den Oberschulen im Bezirk sind aufschlussreich:

1) Integrierte Sekundarschulen (ISS) mit eigener gymnasialer Oberstufe sind der Renner. Die Möglichkeit, in 13 Jahren das Abitur zu machen, ist attraktiv. Sophie-Scholl-, Carl-Zeiss- und Gustav-Heinemann-ISS haben 1,6 bis 2,5-mal mehr Anmeldungen als Plätze.
2) ISS, die auch aus Hauptschulen hervorgegangen sind und nur über Kooperationen mit Oberstufenzentren zum Abitur hinführen können, haben teilweise geringe Anmeldezahlen. Manche werden die „Hauptschul-Herkunft" nicht los.
3) Die Kapazität der Gymnasien im Bezirk wurde von den Anmeldungen nicht ganz ausgeschöpft.
Fazit daraus: Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die Schülerzusammensetzung über alle Integrierte Sekundarschulen anzugleichen. Dazu gehören gezielte Ausstattungsverbesserungen, gesicherter Ganztagsbetrieb und ein sicherer Übergang in eine gymnasiale Oberstufe für die benachteiligten ISS. Für die Gymnasien ergäben sich nach Durchlauf des Doppeljahrgangs 2012 große Überkapazitäten.

Bibliotheken:
Das Bezirksamt will im April einen Bibliotheks-Entwicklungsplan vorlegen. Verschiedene Standorte sind aus baulichen Gründen gefährdet. Friedenauer beunruhigt insbesondere, dass mit der geplanten Aufgabe des Rathauses Friedenau auch die Bibliothek dort geschlossen wird. Die Abteilung Bildung und Stadtrat Hapel favorisieren offenbar eine „große" Lösung: eine „attraktive" Zentralbibliothek, kostengünstig zu betreiben, in der mehrere kleinere Bibliotheken aufgehen würden.

Harald

Höchstmögliches Verwertungs-interesse

Unter dem fantasy-Namen „Euref" („Europäisches Energieforum") will sich der Berliner Immobilien-Mann Reinhard Müller in Schöneberg höchstmögliches Baurecht verschaffen. Vor vier Jahren hat er dazu von der GASAG Teile des Gasometer-Geländes gekauft. Das kleine Areal an der Torgauer Straße soll Kerngebiet und mit zehn neuen Hochhäusern zugebaut werden. Sogar der denkmalgeschützte Gasbehälter wird mit einem 57 Meter hohen Innenausbau bedroht. Das Landesdenkmalamt war dagegen, sah aber von seinen „erheblichen denkmalpflegerischen Bedenken" ab, um „die Verwertungsinteressen des potenziellen Investors an einer höchstmöglichen Ausnutzung des Grundstückes" nicht zu gefährden. Drei Jahre verfolgt das Bezirksamt nun schon die Absicht, mit seinem Bebauungsplan 7-29 alles in der Umgebung in den Schatten zu stellen. Die Anwohner in ihren fünfstöckigen Altbauten sehen sich 15-Geschossern ausgesetzt, und Müller selbst bezeichnet seine Megalomanie als „das logischste und einfachste Projekt, was ich überhaupt gemacht habe".

Torgauer Strasse, www.BI-Gasometer.de

Doch es gibt noch ein Problem. Wer „rd. 163.800 m²" Geschossfläche plant, muss auch A sagen. „Die Planstraße A ist zur Erschließung der künftigen Nutzungen erforderlich." So will es das Baugesetzbuch, so steht es im B-Plan. Die vom Gelände-Besitzer zu zahlende neue Zufahrt soll (hört man) 30 Mio. Euro kosten und direkt unter der S-Bahn-Ringlinie zur Autobahn nach Steglitz führen. Rechtskraft erlangt der B-Plan 7-29 erst, wenn die Unterführung, also die Brücke unter der S-Bahn, tatsächlich gebaut ist.

Dass dies geschieht, damit rechnet ernsthaft niemand mehr. 31 Bezirksverordnete haben dennoch der sog. Planreife des B-Plans 7-29 zugestimmt und damit einem Müller-Bauantrag vom Dezember 2010, der ein Bürogebäude mit 9 Etagen direkt an der Nordspitze vorsieht. Es ist anzunehmen, dass die BVV-Mehrheit vom 16. März 2011 sich hierdurch in eine rechtliche Schieflage begeben hat (16 CDU, 13 SPD, 1 GDP, 1 FDP). Planreife gibt es nämlich nur, wenn das Vorhaben dem künftigen Bebauungsplan nicht entgegensteht und die Zuwegung (Erschließung) gesichert ist (§ 33 Abs. 1 Nr. 2 u. 4 BauGB).

Vorliegend hängt jedoch das eine vom andern ab. Gibt es keine Zufahrt, gibt es kein Kerngebiet, gibt es kein Hochhaus. Dann sind dort „lediglich 5 Vollgeschosse zulässig". Auf eine Bürgerfrage, welches Zwangsmittel es gebe, dass Müller die Planstraße A auch wirklich baut, antwortete Stadtrat Krömer (CDU): „Die Absicherung ist über den städtebaulichen Vertrag gewährleistet." Dass sie das nicht ist, kann man in § 4 des Vertrages nachlesen (*).

„Ich fühle mich nicht als Nachbar der Roten Insel" hat Müller im Herbst 2010 verkündet, er betrachte sich mehr „in größeren Zusammenhängen". Man kann nur hoffen, dass das so bleibt.

ck

(*) Städtebaulicher Vertrag vom 10. Juli 2009 – § 4 Fristen
„Die Verpflichtungen aus § 3 sind innerhalb der nachfolgend vereinbarten Fristen zu erfüllen: (1) Die Erschließung (§ 3 Abs. 1) muss, soweit die vorhandene Torgauer Straße für die Erschließung neuer Vorhaben im Vertragsgebiet nicht ausreichend ist, vor Aufnahme der Nutzungen im Vertragsgebiet funktionsfähig abgeschlossen sein. Der Vorhabenträger wird vorbehaltlich des Abschlusses der erforderlichen Eisenbahnkreuzungsvereinbarung mit der Herstellung der Erschließungsanlagen spätestens zum 01.01.2012 beginnen. Bei Zugrundelegung einer zweijährigen Bauzeit ist die Fertigstellung bis zum 01.01.2014 vorzusehen. Näheres wird in dem Erschließungsvertrag geregelt."

LUPE-April2011 s-w-.indd 2 18.04.2011 15:03:21

BVV im März 2011

Bibliotheksstandort im Rathaus Friedenau ungewiss

Was geschieht mit der sich im Rathaus Friedenau befindenden Bücherei, bzw. wird es weiterhin einen Bibliotheken-Standort im Stadtteil geben? Diese Fragen beschäftigt, seit Bekanntwerden der Aufgabe des Rathauses, viele Nutzerinnen und Nutzer, und der verantwortliche Politiker gibt keine klare Antwort darauf. Bei der Anfrage der besorgten Bürgerin ging es vor allem darum weiterhin einen gut erreichbaren Standort für ältere Menschen zu haben. Stadtrat Hapel (CDU) sprach von der Suche nach geeigneten Räumen, und der Möglichkeit einer Zentralbibliothek in Schöneberg. Das wäre sicherlich die billigste Lösung, jedoch für viele Seniorinnen und Senioren könnte es auch der Ausstieg aus der kulturellen Teilhabe sein.

Fragen an Stadträtin Klotz über gescheitertes Interessenbekundungsverfahren

Das eingeleitete Interessenbekundungsverfahren zu den beiden letzten städtischen Pflegeeinrichtungen im Bezirk das Louise-Schröder-Haus und das Georg-Kriedte-Haus hat unser Verordneter Harald Gindra im letzten Jahr bei der Beschlussfassung abgelehnt. Es kam dennoch zustande und scheiterte. Mit einer Großen Anfrage der SPD sollte nun Antwort darauf gegeben werden wie es dazu kam. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass den drei potentiellen Investoren die Angebote nicht attraktiv genug erschienen. Der Tenor war “zu hoher Ivestitionsbedarf”. Nun will das Bezirksamt mit einem potentiellen Betreiber ein neues Konzept ausarbeiten, wobei auch die Erbbaupacht der beiden Grundstücke ins Gespräch kam. Sorgen macht sich nun die SPD, die dieses Verfahren mit in die Wege leitete, über die sozialverträgliche Lösung. Diese ursprüngliche Vereinbarung könnte vor lauter Zugeständnissen an den Investor fallen gelassen werden. Frau Klotz (B:90/Grüne) ging auch auf ökonomische Gründe ein und meinte LHO-Betriebe (direkt vom Bezirk betrieben, der Landeshaushaltsordnung unterliegend) könnten nicht wirtschaftlich betrieben werden. Aber könnte nicht auch die Vermutung nahe liegen, dass man LHO-Betrieben nicht die nötige Eigenverantwortung z.B. für Investitionen zugestand und sie bewusst als Auslaufmodell fahren wollte?

Möbeldepot bitan GmbH wurde weggespart

Trotz ausdrücklich gewünschter und befürworteter Beibehaltung des Möbeldepots auch durch das Neuköllner Bezirksamt, wurde am 28.2.2011 das Depot geschlossen. In einer Großen Dringlichen Anfrage Drs 1749 von SPD und CDU über die Schließung des Lagers fragte man sich, wie es kommen konnte, dass dieses sinnvolle Projekt aufgegeben wurde. Daran hingen nicht nur Arbeitsplätze, sondern es war wichtig für Menschen mit geringem Einkommen. Fr. Klotz (B.90/Grüne) argumentierte dies sei eingetreten, nicht nur wegen der Mittelkürzungen in der Berufseingliederung, sondern auch weil die Bezirke keinen Einfluss darauf nehmen könnten. Die Trägerversammlung der JobCenter, in der die Bezirke vertreten sind entscheiden nicht über Einzelmaßnahmen. Die Bürokratie wäre dafür verantwortlich, meinte ein Grünen-Politiker, es ist jedoch die gesamte schwarz/gelbe Sparpolitik die noch die letzten venünftigen Projekte scheitern lässt.

Elisabeth Wissel

Weitere BVV-Vorlagen März 2011

An dieser Stelle wollen wir die Transparenz über die Arbeit in der BVV verbessern. Wir listen stichpunktartig eine Auswahl der behandelten Vorlagen und dessen Beratungsergebnisse auf. (Drs. = Drucksache; BA = Bezirksamt; BE = Beschlussempfehlung; KL = Konsensliste; MzK = Mitteilung zur Kenntnisnahme; FM = Gebäudewirtschaft)

- Kieferngrund als Jugendarrestanstalt nutzen (Drs. 1740 von CDU) Ergebnis: vertagt in April
- Intracting modernisieren (Drs. 1742 von B‘90/Grüne) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Facility Management ... (KL)
- Bezirksverordnetenversammlung live im Internet (Drs. 1743 von Graue Panther) Ergebnis: Überweisung in Hauptausschuss (KL)
- Bürgerbeteiligung Nord-Süd-Grünzug durchführen (Drs. 1747 von B‘90/Grüne) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Stadtplanung (KL)
- Werden Kita-Plätze knapp? (Drs. 1736 Gr. Anfrage von CDU) vertagt in April
- Kürzungen der Maßnahmen des Jobcenters (Drs. 1738 Gr. Anfrage von B‘90/Grüne) - schriftliche Beantwortung
- Werden schulpflichtige Flüchtlinge beschult? (Drs. 1739 Gr. Anfrage von B‘90/Grüne) - schriftliche Beantwortung
- Einführung eines konsultativen internetgestützten Bürgerbeteiligungsverfahrens (Drs. 1718 BE aus Hauptausschuss) Ergebnis: Beschluss (mehrheitlich)
- Transparenz über Baumaßnahmen in Schulgebäuden (Drs. 1719 BE aus Hauptausschuss) Ergebnis: Beschluss (mehrheitlich)
- Personalmangel an der Steinwald-Schule beseitigen (Drs. 1713 BE aus Schulausschuss) Ergebnis: Beschluss (KL)

Die BVV-Drucksachen sind dokumentiert unter: http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/bvv-online/allris.net.asp

Unser Bezirksverordneter

Harald Gindra
Termine nach telefonischer Vereinbarung
Telefon: 01525 45 25 000
Linke.bvv.ts@googlemail.com
Büro und Erreichbarkeit im Rathaus Schöneberg, Raum 2036
Tel: 030/ 90 2 77 48 98
Sprechstunde: (Neu) Mittwochs 17 - 19 Uhr Außer an BVV Sitzungstagen)

Arbeitskreis Kommunales (AKK)
In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der AKK unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.

AKK-Termine:
Montag, 11. April und 2. Mai, 19 Uhr, jeweils im Rathaus Schöneberg, Raum 2036

Direkte Demokratie
Wir fordern auf, die Einwohnerfragestunde zu jeder monatlichen Bezirksverordnetenversammlung (BVV-Sitzung) zu nutzen. Alle bezirklichen Themen können angesprochen werden. Wir unterstützen gerne dabei. Interessierte sind ständig eingeladen, auch die Beratungen der Ausschüsse der BVV zu besuchen. Informationen sind bei uns zu erhalten.

Bezirksverordnetenversammlung (BVV)
Die nächste öffentlche BVV-Sitzung findet am Mi., 13. April u. 18. Mai um 17 Uhr, im Rathaus Schöneberg, BVV-Saal statt.

LUPE-April2011 s-w-.indd 3 18.04.2011 15:03:23

Fortsetzung von Seite 1

Manche begreifen‘s nie:

Bomben töten Menschenrechte, auch in Libyen!

“Das Pentagon stationiert US-amerikanische Amphibienkriegsschiffe: das USS Ponce und das USS Kearsarge im Mittelmeer.” www.cubadebate.de

Gezielte Eskalationspolitik
Die sich als Verteidiger der Menschenrechte präsentierenden Westmächte hatten zu keiner Zeit ein Interesse, zur Entschärfung des innerlibyschen Konfliktes beizutragen. Ganz im Gegenteil: Initiativen anderer Länder zur friedlichen Konfliktbeilegung wurden gezielt unterlaufen. Den Aufständischen im Osten Libyens wurde schnell signalisiert, dass sie auf jeden Fall auch mit militärischer Unterstützung des Westens rechnen können. So lehnten die Rebellen folgerichtig die Friedensinitiative des Venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez ab, zwischen den verfeindeten Kontrahenten auf Augenhöhe zu vermitteln. Dazu wäre Ghaddafi übrigens bereit gewesen. Er selbst hatte am 6. März den Vorschlag gemacht, eine unabhängige UN-Kommission solle in Libyen die Ursachen des Konfliktes ermitteln.
Insbesondere Frankreich hingegen setzte mit Unterstützung Großbritanniens auf eine rasche Eskalation im Wettlauf mit der Venezolanischen Friedensinitiative und vergleichbarer Initiativen der Afrikanischen Union. Der französische Präsident plant, in „Napoleon-Manier“ durch einen „erfolgreichen“ Krieg einen politischen Erfolg zu erzielen, um seiner drohenden Abwahl bei der nächsten Präsidentenwahl zu entgehen.

Verlogene Menschenrechtsstandards
Während für die Kriegskoalition die gegenwärtige Beteiligung saudi-arabischer Truppen an der Niederschlagung der Demokratiebewegung im benachbarten Bahrain ebenso wenig einen Interventionsgrund darstellt wie die mittelalterliche Frauenunterdrückung in Saudi-Arabien, wird im Falle Libyens auf eine militärische „Lösung“ gesetzt. Es drängt sich der Eindruck auf, dass der schwindende politische und militärische Einfluss des Westens im arabischen Raum durch eine Besetzung des ölreichen Landes Libyen kompensiert werden soll.

Grüner Menschenrechtsimperialismus
Ehemalige Ökopaxe, wie der heutige Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament, Daniel Cohn-Bendit, fordern mit unsäglichen historischen Vergleichen ein militärisches Eingreifen Deutschlands. Cohn-Bendit vergleicht das belagerte Bengasi mit dem Warschauer Ghetto. Und Ex-Außenminister Fischer – unvergessen ist sein skandalöser „Holocaust-Vergleich“ während des Jugoslawienkrieges – sieht durch die momentane kriegerische Enthaltsamkeit der Bundesregierung die Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik gefährdet.

Schwarz-gelb erstmalig nicht auf Kriegskurs?
Während die Sozialdemokratie und die Grünen für erneute deutsche Kriegsbeteiligung stehen, überraschen Merkel und Westerwelle mit ihrer fehlenden Begeisterung für eine erneute direkte deutsche Kriegsbeteiligung. Wurden sie aus Erfahrung klug? Der Kriegsverlauf in Afghanistan oder auch Irak zeigt, dass Angriffskriege, über einen längeren Zeitraum betrachtet, doch nicht zu gewinnen sind. Und die eigene Bevölkerung lässt sich trotz Kerner, Guttenberg und Co. immer noch nicht für den Krieg in Afghanistan begeistern. Es stehen jetzt Wahlen in mehreren Bundesländern vor der Tür und „Schwarz-Gelb“ hat wegen seiner Haltung zur Atomkraft stimmungsmäßig sowieso jede Menge Probleme...
Vielleicht spielen ja auch andere Gründe eine Rolle für die momentane Enthaltsamkeit? So verdienen viele deutsche Firmen viel Geld mit Rüstungsaufträgen aus Libyen oder, wie die Wintershall-Holding von BASF, an der libyschen Förderung von Öl und Gas. Die damalige schwarz-rote Bundesregierung rüstete die libysche Regierung im Wert von 83 Millionen Euro mit genehmigten Rüstungsexporten auf. Und Ghaddafi, der nach dem Irak-Krieg sein Image als Revolutionsführer ablegte und in enger „Sicherheitspartnerschaft“ von der EU eigene Polizeikräfte, z. B. zur Abwehr von Flüchtlingen, ausbilden lies, war plötzlich gern gesehener Gast des französischen und des italienischen Präsidenten.
Keine direkte Kriegsbeteiligung aus Deutschland also – aber: Deutschland hilft wieder, den Krieg zu führen, indem die Regierung die NATO in Afghanistan entlastet und Überflugrechte gewährt. Merkel macht den Schröder.

DIE LINKE fordert:
Die Waffen nieder! Stoppt den Krieg in Libyen!
Statt eines neuen Krieges in Nordafrika wollen wir die demokratische Opposition gegen autoritäre Regime wie in Saudi-Arabien, Bahrein, Libyen oder Jemen bestärken. Deutschland darf sich nicht am Krieg gegen Libyen beteiligen und auch nicht deutsche Soldaten für das AWACS-System nach Afghanistan schicken.
Was kann getan werden? DIE LINKE hat im Bundestag vorgeschlagen, den Export von Waffen und Rüstungsgütern in den gesamten Nahen Osten sofort und dauerhaft zu stoppen. Das kann ein erster Schritt zum weltweiten Waffenexportverbot sein. DIE LINKE will sofort den Export und Import von Öl aus Libyen in die Europäische Union stoppen. Wenn kein Öl mehr fließt und kein Geld mehr kommt, wächst die politische Vernunft. DIE LINKE will, dass sich Europa und Deutschland für Flüchtlinge öffnen.
DIE LINKE sagt: Krieg darf kein Mittel der Politik sein, weder in Libyen noch in Afghanistan!
DIE LINKE ist solidarisch mit allen Menschen in den arabischen Ländern, die unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit für eine friedliche, freie, demokratische und sozial gerechte Heimat eintreten.

Carsten Schulz

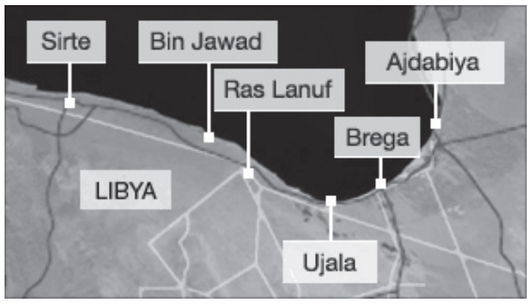
LUPE-April2011 s-w-.indd 4 18.04.2011 15:03:23

Libyen: Gegen Krieg und Heuchelei

Caracas, 04 März. AVN .- Die Zeitung „Pakistan Observer“ berichtete, dass spezielle Kräfte der USA subversive Gruppen in Libyen ausschifften, um diese militärisch zu trainieren. Es haben sich navale Kräfte des US-Pentagon und der Aliierten in einem potenziellen Kriegsszenario entlang der libyschen Mittelmeerküste verteilt. Der USS Enterprise-Flug*zeugtransporter passierte den Suezkanal sofort nach der Insurrektion. http//www.enterprise.navy.mil* *Bilderrecherche: Grace Irazoque*

Es geschieht selten, dass DIE LINKE der derzeitigen Bundesregierung zustimmt, sogar Beifall klatscht. Das geschah aber nach der Stimmenthaltung des Außenministers im Sicherheitsrat der UNO, als dort militärische Interventionen in Libyen gebilligt wurden. Unabhängig von unserer prinzipiellen Ablehnung kriegerischer Aktionen ist nun einmal richtig, dass der Luftkrieg gegen Ziele in Libyen unverantwortliche Risiken in sich birgt und auch deshalb nicht unterstützt werden darf. Die bisherigen zivilen Opfer der nächtlichen Luftangriffe belegen das in erschütternder Weise.

Wenig Verständnis kann dafür aufgebracht werden, dass aus den Reihen der SPD der Krieg unterstützt und damit zu einem akzeptablen Mittel der Politik erklärt wird. Welche Veränderung gegenüber den Zeiten eines Willy Brandt, der den Krieg als „Ultima Irratio“, als größte Unvernunft, geißelte! Umso mehr muss es bestürzen, dass etwa Heidi Wieczorek-Zeul, die frühere SPD-Entwicklungsministerin, im Bundestag giftete: „Es ist eine Schande, dass sich die Bundesregierung enthalten hat.“



Der grüne Verteidigungsexperte Omid Nouripour setzte noch einen drauf: „Die Bundesregierung muss sich zur Mitgliedschaft Deutschlands in der Nato bekennen. Und sie muss ihre Blockade bei der Durchsetzung eines Waffenembargos gegen Ghaddafi aufgeben.“ Zur Begründung ließ er wissen: „Schließlich haben auch wir deutsche Waffen an den Diktator geliefert, mit denen er nun seine eigene Bevölkerung bedroht.“ Das ist nur noch zynisch. Wenn wir diesem Gedankengang zu Ende folgten, müssten wir zukünftig alle möglichen Regierungen und Gegenregierungen mit Waffen beliefern und dann Krieg gegen sie führen, wenn sie von diesen Gebrauch machen.

So löblich es ist, dass die Bundesregierung sich nicht auf dieses kriegerische Abenteuer eingelassen hat, so wenig kann das Lob uneingeschränkt sein: Die Bundesregierung unterstützt die kriegführenden Staaten der NATO durch Entlastungen in Afghanistan, durch die Genehmigung von Überflügen und die Nutzung von US-Militäreinrichtungen in Deutschland. Sie ist dadurch mitverantwortlich für die Bombardierungen und Raketenangriffe, für die Toten in Libyen.

Schwer erträglich ist es auch, dass viele – der französische Staatspräsident und das Europäische Parlament zum Beispiel – den „Nationalrat“ der Ghaddafi-Gegner in Bengasi als legitime Regierung und als Alternative anerkennen. Wer weiß denn wirklich, um wen es sich bei diesem Nationalrat handelt? Stellt er wirklich eine unterstützenswerte und demokratische Alternative dar? Wer die Bilder im Fernsehen sieht, dem muss auffallen, dass von diesen Kräften neben Maschinenpistolen immer wieder die Fahne der früheren libyschen Monarchie geschwenkt wird – eines Regimes, das auch alles andere als demokratisch war und unter dem es den Menschen in Libyen schlechter ging als jetzt.

Eine Demokratisierung in Libyen und anderswo kann es nur durch die dort lebenden Menschen geben, nicht durch Militäreinsätze von außen. Schon gar nicht durch solche Regierungen, die jahrzehntelang die Diktatoren in Tunesien und Ägypten hofiert haben und die heute noch die diktatorische, menschenverachtende und frauenfeindliche Monarchie in Saudi-Arabien unterstützen!

Kurt Neumann

LUPE-April2011 s-w-.indd 5 18.04.2011 15:03:24

Einschulungsuntersuchungen in Tempelhof-Schöneberg

Auf Anregung unseres Verordneten Harald Gindra in einer Kleinen Anfrage aus dem Jahr 2008 liegt nun der BVV eine Auswertung von Einschulungsuntersuchungen vor.
Die Daten stammen aus 2005 und 2010, ebenso aus einer berlinweiten Untersuchung aus 2008. Bei den Untersuchungen geht es vorrangig um mögliche Krankheiten oder Behinderungen der Kinder und darum, die betroffenen Eltern zu beraten und ihnen Hilfe anzubieten. Sekundär ist hierbei die Frage geworden, ob Kinder schulreif sind, denn auf Entwicklungsrückstände sollen die Schulen seit 2004 entsprechend fördernd einwirken. Dass damit alle Beteiligten überfordert sein könnten, hat man spätestens 2010 eingesehen und die Möglichkeit einer Rückstellung, aber nur auf Antrag, eingeräumt.
Der Anteil der Rückstellungen unter den Untersuchten lag im Vorjahr in Mariendorf mit 10,9% am höchsten und in Schöneberg Nord mit 3,5% am niedrigsten. Rückläufig ist seit 2006 die Zahl der Anmeldungen zum vorzeitigen Schulbesuch. Festgestellt wurde bei 5% aller untersuchten Kinder ein sonderpädagogischer Förderbedarf, und bei 30% wurde eine spezielle schulische Förderung empfohlen. Als gesundheitsrelevanter Hinweis wird ebenso das Übergewicht der Einzuschulenden aufgenommen. Aber auch der Impfstatus, die Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen, Testaufgaben und die Beurteilung der Sprachkompetenz fließen mit ein.
Neben persönlichen förderrelevanten Daten erhebt eine solche Untersuchung auch immer Sozialdaten (z.B. Bildung und Einkommen der Eltern) sowie Daten über die Herkunft der Eltern, die dann miteinander in Beziehung gesetzt werden. So können Aussagen über Risikofaktoren für eine gesunde Entwicklung getroffen werden. Etwas mehr als ein Drittel aller untersuchten Kinder wird der „oberen Schicht“ und etwas weniger als ein Drittel der „unteren Schicht“ (nach den Kriterien: Einkommen und Bildung der Eltern) zugerechnet.
Der Anteil der Kinder nicht deutscher Herkunft hat leicht zugenommen. Er liegt bei 42,5% (in Gesamt-Berlin bei 33,3%, davon 15,8% türkischer Herkunft, 11,2% aus Osteuropa). Bei den Sprachtests hatten nur 3% der Kinder nicht deutscher Herkunft keine oder kaum deutsche Sprachkenntnisse.
Ein Zusammenhang wird gesehen zwischen Herkunft, sozialer Lage und Übergewicht. So liegt der Anteil übergewichtiger Kinder in der „unteren sozialen Schicht“ deutlich über dem Durchschnitt. Insgesamt zeigt die Untersuchung, dass Präventionsangebote nötig sind, die vor allem in sozialen Brennpunkten verstärkt angebotenwerden sollten.

Elisabeth Wissel

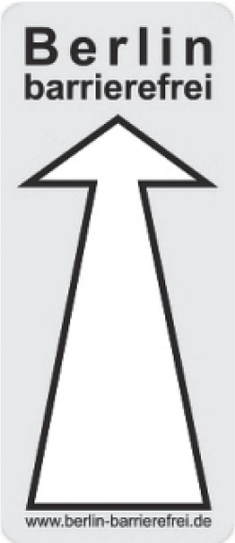
Von Barrieren und ihrer Überwindung

Es kommt selten vor, dass wirkliche Revolutionen passieren. Umso erfreulicher ist die UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen, die eine solche darstellt. Wegweisend werden dort «Behinderungen» als soziale Phänomene definiert, die im Verhältnis *zwischen* einer Person mit körperlichen, seelischen oder geistigen Beeinträchtigungen und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen *entstehen*. Häufig genug sind es eben fehlende gesellschaftliche Vorkehrungen, die dafür sorgen, dass eine Beeinträchtigung zu einem gravierenden Ausschluss führt und damit behindernd wirkt.
«Inklusion» ist das Zauberwort, das in Zukunft sicherstellen soll, dass Barrieren, die Menschen an voller gesellschaftlicher Teilhabe hindern, abgebaut werden. DIE LINKE unterstützt den Gedanken des Einschlusses aller in allen Lebensbereichen. Wir stehen für die vollständige Zugänglichkeit des öffentlichen Raumes, einschließlich der Gebäude und Verkehrsmittel, und vor allem auch für die Barrierefreiheit von Veranstaltungen, Publikationen und Internet-Auftritten der Verwaltungen. Denn echte Barrierefreiheit ist wesentlich mehr als Rollstuhlgerechtigkeit! Mit seinem Landesgleichberechtigungsgesetz, dem Signet «Berlin-barrierefrei» und der Kooperation mit dem Landesbehindertenbeirat bei der Entwicklung der Behindertenpolitik nimmt Berlin bundesweit die Spitzenposition ein.

Da die UN-Konvention von der Bundesregierung ratifiziert wurde, ist sie seit 2008 geltendes Recht. In vielen Bereichen fehlt allerdings immer noch die Bereitschaft, sie mit Leben zu füllen. Bildung etwa ist ein Menschenrecht und gleichzeitig eine Bedingung für gesellschaftliche Teilhabe. Das erfordert auch von unserem Bezirk einen diskriminierungsfreien Zugang zu allen Schulgebäuden und Schulformen – und zwar unabhängig von vermeintlicher Leistungsfähigkeit oder der medizinischen Diagnose einer «Behinderung».

Zu den Herausforderungen der kommenden Jahre wird es zählen, dem Aspekt der Mehrfachzugehörigkeit – und damit auch der Mehrfachdiskriminierung – gerecht zu werden. Menschen mit Behinderung haben ein Geschlecht, eine Herkunft und eine sexuelle Orientierung – niemand ist nur «behindert». Deswegen treten wir zum Beispiel dafür ein, die Partizipationsgremien gezielt um migrantische Mitglieder zu erweitern und auf Landesebene ein Antidiskriminierungsgesetz auf den Weg zu bringen, das die Leerstellen der Bundesgesetzgebung ausgleicht und so der Vorreiterrolle Berlins bei der Inklusion gerecht wird.

Koray Yılmaz-Günay



Dieses Signet an Eingangstüren und Schaufensterscheiben sagt aus, dass hier alle zurechtkommen und bei Bedarf Unterstützung erhalten.

www.berlin-barrierefrei.de

LUPE-April2011 s-w-.indd 6 18.04.2011 15:03:24

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN e.V.

Menschenrechte kennen keine Grenzen

www.fluechtlingsrat-berlin.de

Presseinformation: Lokales / Bildung, Flüchtlinge

Berlin, 4. März 2011

Bezirke und Senat verstoßen systematisch gegen Schulpflicht

In einigen Berliner Bezirken dürfen Flüchtlingskinder nicht zur Schule gehen, angeblich aus Kapazitätsgründen. Der Flüchtlingsrat Berlin fordert Bildungssenator Zöllner auf, sicherzustellen, dass jedes schulpflichtige Kind in Berlin unverzüglich einen Schulplatz erhält, unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus.

Besonders kritisch ist die Situation in einer Sammelunterkunft im Berliner Süden. Weil die zuständigen Regelschulen keine Plätze bereitstellen, werden Kinder im Grundschulalter von Hauslehrern in der Unterkunft beschult. 22 Jugendliche im Sekundarschulalter dürfen überhaupt nicht zur Schule gehen. Auch in der Asylaufnahmestelle in Berlin Spandau erhalten dutzende Kinder seit Monaten keinen Schulplatz. In der Antwort auf eine Abgeordnetenhausanfrage gibt Sozialstaatssekretärin Liebich offen zu, dass die Berliner Schulen die Aufnahme von Flüchtlingskindern zum Teil ablehnen. Dies werde mit Mangel an Schulplätzen und mit knappen Ressourcen für Förderklassen bzw. integrierte Lerngruppen begründet, so Liebich. Wie der Senat den Verstoß der Schulen und Bezirke gegen das Schulgesetz und die Schulpflicht bewertet und ob und was er dagegen unternehmen will, erfährt man aus der Antwort nicht.[1]

Schulstadträtin Otto aus Steglitz-Zehlendorf teilt auf eine BVV-Anfrage mit, dass von 20 Kindern unter 16 Jahren aus der in ihrem Bezirk gelegenen Erstaufnahmestelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (EAC) 18 Kinder nicht zur Schule gehen. Frau Otto behauptet, der Senat müsse die Beschulung in anderen Bezirken sicherstellen[2]. Der Senat lehnt dies ab. Im Ergebnis des Zuständigkeitsstreits dürfen die Flüchtlingskinder überhaupt nicht zur Schule gehen.[3]

Eltern aus einer Sammelunterkunft in Tempelhof-Schöneberg berichten, das Schulamt hätten es abgelehnt, die Anmeldung schulpflichtiger 16-jähriger Jugendlicher überhaupt entgegen zu nehmen.
Die Kinder seien nur bis Ende dieses Schuljahres schulpflichtig, für die paar Monate lohne sich die Einschulung nicht. Nicht nur die Schulämter, auch Innensenator Körting nimmt es mit der Schulpflicht ausländischer Kinder nicht so genau. So sprach sich Körting kürzlich im Tagesspiegel gegen die Beschulung von Kindern aus den neuen EU-Staaten im Bezirk Neukölln aus, wenn deren Eltern über keine Anmeldebescheinigung verfügen.[4] Die Anmeldebescheinigung spielt für die Schulpflicht jedoch keine Rolle, auch für den legalen Aufenthalt von EU-Bürgern ist sie keine notwendige Voraussetzung.[5]

Walid Chahrour, Vorstand des Flüchtlingsrats Berlin: *„Es ist erschreckend, wie Behörden und Politiker mit der Schulpflicht umgehen. Ein Schulbesuch ist für die Eingewöhnung der Kinder in ihr neues Umfeld und für ihre psychische Stabilisierung nach den Erfahrungen der Flucht außerordentlich wichtig. Je eher ein Kind in Deutschland in die Schule geht, desto größer die Chancen auf eine erfolgreiche Integration.“*

Die Hauptverantwortung für die Beschulung von Kindern in Berlin hat Bildungssenator Zöllner.
Der Flüchtlingsrat Berlin fordert Senator Zöllner auf, die Bezirke anzuweisen, alle in Berlin lebenden schulpflichtigen Kinder unverzüglich in die Schule aufzunehmen, und die Bezirke mit den dafür notwendigen Mitteln und Personalstellen – auch für integrierte Lerngruppen bzw. besondere Förderklassen – auszustatten.

Pressekontakt:
Walid Chahrour, Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge, Tel: 66640 720
Martina Mauer, Flüchtlingsrat Berlin e.V., Tel: 030-24344 5762

[1] Abgeordnetenhaus-Drs. 16/14975 v. 18.01.2011, „Das Recht auf Bildung für Kinder von Flüchtlingen“, *www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14975.pdf*

[2] Diese Behauptung ist u.E. rechtswidrig. Vgl. Nr. 16 Zuständigkeitskatalog zum Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz (AZG) Berlin. Demnach ist der Senat im Wesentlichen für die Schulaufsicht und die Berufsschulen zuständig und die Beschulung im übrigen Sache der Bezirke.

[3] BVV-Drs 1739 III v. 13.12.2010, Steglitz-Zehlendorf: Schulpflichtige Flüchtlingskinder ins Hintertreffen geraten?, *www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/bvv-online/vo020.asp?VOLFDNR=3768&options=4*

[4] Tagesspiegel v. 16.01.2011 “Roma-Kinder – zum Schwänzen verurteilt”, *www.tagesspiegel.de/berlin/romakinder-zum-schwaenzen-verurteilt/3704724.html*

[5] Vgl. PM Integrationsbeauftragter Berlin v. 17.01.2011 “Roma aus Bulgarien sind keine Illegalen”, *www.berlin.de/lb/intmig/presse/archiv/20110117.1000.327024.html*, und § 41 Abs. 1 SchulG Berlin: „Schulpflichtig ist, wer in Berlin seine Wohnung oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Weitere Informationen und Links zur Nicht-Beschulung von Flüchtlingskindern Berliner Schulgesetz zur Schulpflicht:
„Ausländische Kinder und Jugendliche, denen auf Grund eines Asylantrags der Aufenthalt in Berlin gestattet ist oder die hier geduldet werden, unterliegen der allgemeinen Schulpflicht.“

Vgl. § 41 Abs. 2 SchulG Berlin, *www.berlin.de/imperia/md/content/senbildung/rechtsvorschriften/schulgesetz.pdf*

Mangelnde Informationspolitik durch die Behörden: *www.fluechtlingsinfoberlin.de/fr/asylblg/Classen_AsylbLG_Wohnen_Berlin_200111.pdf*

Integrationsangebote abgeschafft: *http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14496.pdf*

LUPE-April2011 s-w-.indd 7 18.04.2011 15:03:24

Fortsetzung von Seite 1

Heinrich-Lassen-Park der Runde Tisch und die BVV

Das Amt und die SPD verteidigten vehement ihren teilweise schon umgesetzten Plan. Selbst auf öftere Anfragen von VertreterInnen der BI waren diese nicht bereit Kompromisse einzugehen, die eventuelle Wiederherstellung des alten Zustands würde das Doppelte kosten und „könnte evetuell vom Rechnungshof geprüft werden“, so der Stadtsrat, eine Umkehr sei unmöglich. Die zweite Variante von der BI, war Kompromissbereit, forderte dafür aber die Liegewiese zurück zu erhalten, zusammen mit den zwei Zugängen zur Belziger Straße. Eine Bewohnerin des Katarinenhof wiederholte, wie gut und sicher es sich doch durch die alten Wege und den „Trampelpfad“ spazieren ließ. Auf keinen Fall möchte die BI Fahrradwege, denn diese würden die Kleinkinder, die vom Spielplatz zur Liegewiese laufen, in Gefahr bringen. Mit einem Fahrradweg hätten Radfahrer im Park Priorität, es würde jedoch keine Rücksicht mehr auf Fußgänger und Kinder genommen. Die sogenannte Dritte Variante, war „änlich“ wie die vom Bezirksamt, praktisch wie eine detaillierte Ergänzung .
Es gab eine vierstündige Debatte, in der jeder seinen eigenen Plan wie in einem Wettbewerb verteidigte. Das Ergebnis war, dass zwei Vertreter der BVV (CDU und Grüne), der Mehrheit rechtgaben. Die zwei-Wege-Gestaltung soll zurückgebaut werden, um die Liegewiese zu erhalten. CDU und Grüne wollten in diesem Sinne jeweils einen Antrag in der kommenden BVV-Sitzung einbringen.

Diese ganze Parkdiskussion, in der zu Anfang die Meinung der Einwohner ignoriert wurde und erst sehr spät wahrgenommen wurde, lässt uns einen Hauch an Demokratie glauben. Die Partizipation der Einwohner hat hier gezeigt, dass den Bewohnern letztendlich doch zugehört wird, und dass es sich lohnt im Bezirk die eigene Meinung zur Sprache zu bringen.

Am nächsten Tag dauerte die Diskussion über den Park in der BVV über zwei Stunden. Die Fraktionen machten sich gegenseitig sogar sehr persöhnliche, subjektive und beleidigende Vorwürfe, welche verletzend und unnötig waren.
Der Park jedoch soll wieder zu seinem Ursprungszustand zurückgebaut werden, es stellt sich nur die Frage,, wann dies nun wirklich geschehen wird.

Text und Bilder: Grace Irazoque

www.BI-heinrich-lassen-park.de

Das Newrozfest

Udo Wolf, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Abgeordnentenhaus und Gesine Lötzch, Bundesvorsitzende der LINKEN eröffneten am 20. März auf dem Gelände der Dersim Gemeinde, am Waterloo-Ufer das diesjährige Newrozfest. Es stand unter der Schirmherrschaft des Kurdistan Regional Gouverneur. Achtzehn kurdische Gruppen hatten es mit der Unterstützung des Landesvorstandes der LINKEN Berlin, der Bezirke Friedrichshein-Kreuzberg, Neukölln, und Tempelhof-Schöneberg vorbereitet. Zweitausend BesucherInnen erfreuten sich am bunten Kulturprogramm und am traditionellen Newrozfeuer.

Text und Bilder: Grace Irazoque

DIE LINKE.
Tempelhof - Schöneberg-

Bezirksgeschäftsstelle:
Feurigstr. 68,
10827 Berlin
Öffnungszeiten:
Mo, Di, Do: 11 - 18 Uhr
Fr: 11 - 15 Uhr
Telefon: 21 99 71 40
Fax: 217 29 26
e-Mail: bezirk@die-linke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine in der Roten Insel

Bezirksvorstand
12., 26. April und 10. Mai 2011 um 19 Uhr
Mitgliederversammlung
28. April 2011,19 Uhr
Basisorganisationen:
BO Schöneberg
27. April 19 Uhr
BO Tempelhof
Telefonisch erfragen
BO Olivenbaum
Telefonisch erfragen
BO Arbeit u. Soziales
Telefonisch erfragen
BO Migration und Antirassismus
20.04. um 18.30 Uhr
Arbeitskreise:
AKK siehe bitte S. 3
Sondertermine:
Wahlaktiv: 18.04, 20 Uhr
Inselgespräche
Telefonisch erfragen
LAG Nahverkehr
Telefonisch erfragen
Beratung und Hilfe zu ALG II
Dienstags, 13 Uhr

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE-Berlin, Kleine Alexanderstr. 28,10178 Berlin
Redaktion: DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg
Konto: 525 607 806
Berliner Bank
BLZ: 100 708 48
Erscheinungsweise: 10-12x jährlich
Auflage:1.500 Exemplare
V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Carsten Schulz;
Layout: Grace Irazoque;
Druck: Bunter Hund;
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/r Autors/In wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion noch des Bezirksvorstandes.
Redaktionsschluss: 18.03.2011, Schlussredaktion: 21/26.03.2011
Erscheinungstag:09.04.
Juniplanung: 27.04.
Mai-Redaktionsschluss: 15.04.
Schlussredaktion:20.04.

LUPE-April2011 s-w-.indd 8 18.04.2011 15:03:41